weismittel und besitzt damit Potenzen zur Qualifizierung der Tätigkeit des MfS insgesamt. Grundsätzlich kann die Offizialisierung inoffizieller Beweismittel in der Verdachts-
hinweisprüfung sowohl im Zusammenhang mit der Gestaltung eines Anlasses gemäß § 92 StPO als auch durch einzelne strafprozessuale Prüfungshandlungen erfolgen. Sie stellt jedoch stets eine komplizierte Aufgabe für die hieran beteiligten Diensteinheiten des MfS dar, deren Lösung sowohl die Konkretisierung der politisch-operativen einschließlich untersuchungsmäßigen Zielstellungen als auch den Verlauf der weiteren Bearbeitung beeinflussen kann.

Die Offizialisierung inoffizieller Beweismittel kennzeichnet den Prozeß der Erschließung des Informationsgehaltes der inoffiziellen Beweismittel durch offizielle Beweismittel in der Form, daß die ursprünglichen operativen Zusammenhänge sowie die Art und Weise des Zustandekommens der Information wirkungsvoll konspiriert werden. Diese Wesensbestimmung der Offizialisierung verweist ausdrücklich darauf, daß nur dann von Offizialisierung gesprochen werden kann, wenn die Erfordernisse der Konspiration und Geheimhaltung konsequent eingehalten wurden. Jede dekonspirierte Maßnahmen birgt die Gefahr des Bekanntwerdens spezifischer Kräfte, Mittel und Methoden des MfS. Verletzungen der Konspiration und Geheimhaltung können von äußeren und inneren feindlichen Kräften politisch gegen die DDR, ihre Strafverfolgungsorgane und speziell gegen das MfS verwendet werden oder zur verstärkten Konspiration der bearbeiteten Person, zur Vernichtung und Beweismitteln, zur Durchkreuzung geplanter oder möglicher Beweisführungsmaßnahmen oder zur Warnung weiterer, bisher nicht bekannter Mittäter (Mitwisser) führen. Sind die durchgeführten Maßnahmen gegen objektiv unbescholtene Bürger gerichtet, kann dies zu einer Belastung des Vertrauensverhältnisses von Bürger - Staat (Sicherheitsorgan) führen. ¹

¹ Vgl. Forschungsergebnisse Zank u. a., September 1981, a. a. O., S. 117